

2

Kommunale Unternehmen – der Deutschen liebstes Kind

Weltanschauungen und Ideologien haben sich weitgehend überlebt. Man mag es bedauern oder auch nicht, doch die Deutschen haben sich in der Welt des Pragmatismus ganz gut eingerichtet. Gut ist, was hilft – das ist mittlerweile breiter gesellschaftlicher Konsens. Vom bürgerlich-konservativen Milieu bis weithin in die Linke werden die Grautöne zwischen Markt und Staat, privat und sozial, absolutistischen Paradigmen deutlich vorgezogen. Verkünder der endgültigen Wahrheit haben es mittlerweile schwer in diesem Land. Ob die real existierende Marktwirtschaft wirklich so sozial ist, wie sie behauptet, mag dahingestellt sein. Doch sie ist das, was die Menschen wollen.

Dinge werden danach beurteilt, wie günstig und leistungsstark sie sich erweisen. Zusätzlich zu diesen zentralen Faktoren haben in den vergangenen Jahren Kriterien wie Ökologie, Nachhaltigkeit, Regionalität oder wirtschaftliche Fairness eine stärkere Betonung erfahren. Harte und weiche Faktoren müssen stimmen, wenn man von den Menschen als positiv und vertrauenswürdig wahrgenommen werden möchte. Das emnid-Institut für Medien- und Sozialforschung hat diesen Gedanken aufgenommen und wollte wissen, welche Institutionen bei den Bürgern das größte Vertrauen genießen.¹ Zur Auswahl standen zentrale Systeme des gesellschaftlichen Lebens. Die Politik(er), die die demo-

¹ Stadtwerke und kommunale Wasserversorger im Spiegelbild der öffentlichen Meinung, Emnid-Befragung aus 2009

kratische Meinungsbildung moderieren, abbilden und umsetzen, die großen privatwirtschaftlichen Unternehmen, der Finanz- und Bankensektor, die Medien als Vermittler komplexer Zusammenhänge und vielgestaltiger Positionen, die Gewerkschaften als Vertreter der abhängig Beschäftigten und schließlich Stadtwerke und Sparkassen als regionale Dienstleister in Kernbereichen der Daseinsvorsorge. In einer repräsentativen Studie mit mehr als 1000 Telefoninterviews wurde die einfache Frage gestellt, welchen Institutionen man eher Vertrauen oder welchen man eher kein Vertrauen entgegenbringt. Das Ergebnis war von überwältigender Klarheit. Zunächst einmal gelang es ausschließlich Stadtwerken und Sparkassen, Zustimmungswerte von mehr als 50 % zu generieren. Eindeutig ganz oben im Ranking finden sich die örtlichen Stadtwerke, denen mehr als vier von fünf Bürgern das Vertrauen aussprechen. Der Unterschied zu den direkten Konkurrenten im Markt, zu Großunternehmen wie den sogenannten „Großen Vier der Energiewirtschaft“ betrug mehr als 50 Prozentpunkte. Den Konzernen und Großunternehmen bringt nur jeder vierte Befragte Vertrauen entgegen. Trotz aller Klischees, trotz der vielen kolportierten Vorwürfe scheint die öffentliche Wirtschaft deutlich besser anzukommen als es die Marktideologen glauben machen wollen. Gerade der Wert der Stadtwerke mit mehr als 80 % Zustimmung liegt so massiv und so deutlich über denen der Wirtschaft allgemein und der Privatwirtschaft im Besonderen, dass sich die Apologeten eines reinen Marktes zutiefst einsam fühlen müssen. Offenbar halten die Stadtwerke auch in liberalisierten Märkten bestens mit. Und nicht nur das, sie erfahren dabei auch noch deutlich mehr Zustimmung, als die konkurrierende Privatwirtschaft, und hier in erster Linie die Großkonzerne.

Der Abstand zwischen Sparkassen im Speziellen und dem Bankensektor allgemein fällt zwar nicht ganz so massiv aus, ist mit knapp 30 Prozentpunkten aber dennoch signifikant. Während den Sparkassen zu zwei Dritteln überwiegend Vertrauen

entgegengebracht wird, wird der Finanz- und Bankensektor ebenfalls von gut zwei Dritteln der Bürger mit Skepsis betrachtet.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass sich die Gewerkschaften bei rund 50 % Zustimmung bewegen, die Medien zusammen mit den Banken bei 36 % liegen und die Politik(er) mit nur 14 % abgeschlagen auf dem letzten Rang einkommen.

Die Befragten sind den Stadtwerken nicht nur allgemein gewogen, das Vertrauen in diese Institution der regionalen Versorgung schlägt sich auch in der Haltung zu konkreten Fragen nieder. Dabei spricht sich eine deutliche Mehrheit von 71 % dafür aus, die Versorgung mit essentiellen Gütern des alltäglichen Lebens nur durch solche Unternehmen zu gewährleisten, die einer öffentlichen Kontrolle unterworfen und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Die Bürger votieren damit mehrheitlich für eine Rücknahme der Liberalisierung. Dies lässt zum einen Rückschlüsse zu über die Erfahrungen mit einem öffentlichen Versorgungsmonopol und zum zweiten über die Eindrücke zur privaten Versorgungsqualität. Dabei scheint es nicht in erster Linie auf Aspekte der individuellen Versorgung anzukommen. In puncto Kundenorientierung und Preis-Leistungs-Verhältnis schneiden kommunale und private Unternehmen ähnlich ab. Deutliche Übergewichte erreichen die öffentlichen Unternehmen allerdings bei Gemeinwohlorientierung, regionaler Verwurzelung, Sicherheit, Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und Zuverlässigkeit. Den privaten Unternehmen werden lediglich eine etwas höhere Flexibilität und ein deutlich stärker ausgeprägtes Gewinnstreben attestiert.

Werden die Kunden nach den wichtigsten Kriterien befragt, mit denen sie ihre Versorger beurteilen, so deckt sich dies weitgehend mit den Zuschreibungen, die für das eigene Stadtwerk gefunden werden. Das heißt: Stadtwerke können sich nicht nur am Markt behaupten und genießen ein deutlich überdurchschnittlich ausgeprägtes Vertrauen ihrer Kunden, sie sind auch

genau dort gut und überzeugend, wo es Kunden und Bürger am ehesten erwarten. Bürgernähe, Regionalität und verschiedene Funktionen als Impulsgeber für einen regionalen und lokalen Wirtschaftskreislauf werden hier besonders stark gewichtet. Und vielleicht ist es doch nicht die Bequemlichkeit der Kunden, sondern das Ergebnis eines andauernden Reflexions- und Erkenntnisprozesses, wenn man den Stadtwerken auch in solchen Fällen treu bleibt, in denen sie nicht immer den günstigsten Kampfpreis anbieten. Zudem zeigt der Trend, dass die Preise der Stadtwerke als stetig konkurrenzfähiger werdend wahrgenommen werden. Mittlerweile bestehen kaum Unterschiede zwischen den Preiserwartungen an kommunale und an private Unternehmen.

Mit einem großen Vertrauensvorschuss sind regelmäßig auch hohe Erwartungen verbunden – Erwartungen, die sich vielleicht nicht immer in vollem Umfang erfüllen lassen. Von Stadtwerken wird erwartet, dass sie überproportional aus- und weiterbilden, dass sie in besonderem Maße ethisch handeln, dass sie sich gesellschaftlich engagieren, die lokale Wirtschaft fördern und strengen Transparenzkriterien genügen. Dies alles sind Anforderungen, denen private Unternehmen nicht oder nur in einem geringeren Ausmaß unterliegen. Womöglich speist sich aus einer Diskongruenz von Erwartungen und wirtschaftlichem Potential die eine oder andere Enttäuschung, besonders gravierend kann dies aber nicht sein. Schließlich präferieren immer mehr Bürger und Kunden eine daseinsvorsorgliche Aufgabenerfüllung mit einer starken kommunalen Komponente. Eine Privatisierung von Stadtwerken wird von drei Viertel der Befragten abgelehnt. Dafür sprechen sich nur 19% aus. Dies wiederum korreliert ganz offensichtlich mit den hohen Zufriedenheitswerten, die Stadtwerke bei ihren Kunden erreichen. Vier von fünf Befragten sind mit ihrem kommunalen Versorger eher oder sehr zufrieden. Nur zehn Prozent sind eher oder sehr unzufrieden. An solch exzeptionellen Umfragewerten lässt sich klar nachvollziehen, warum die Stadtwerke

und auch die Sparkassen im Ranking der vertrauenswürdigsten Institutionen Jahr für Jahr derart gut abschneiden.

Dass dies ein sehr stabiler Trend ist, zeigt eine brandaktuelle Befragung des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Die repräsentative Befragung fand im Dezember 2015 im Auftrag des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) statt. Ergänzend befragte Forsa im Januar 2016 im Auftrag des STERN die Bürger repräsentativ zum Vertrauen in die Institutionen in Deutschland.

Die Ergebnisse wurden am 17. Februar 2016 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Das war schon nach dem Redaktionsschluss dieses Buches. Dank der tüchtigen Kollegen in der Herstellung können wir dennoch die wichtigsten Aussagen hier noch präsentieren.

Das öffentliche Vertrauen in Institutionen und Berufsgruppen sinkt seit Jahren dramatisch. Im Urteil der Bürger stemmen sich kommunale Unternehmen erfolgreich gegen diesen Trend der öffentlichen Entfremdung, so das Fazit von Forsa-Chef Professor Manfred Güllner. Ganz gegen die allgemeine Missstimmung sei das Vertrauen zu kommunalen Unternehmen sehr hoch: 75 Prozent aller Bundesbürger bringen Ihnen großes Vertrauen entgegen. Größer ist die Zustimmung nur zu den Universitäten mit 80 Prozent, den Ärzten mit 78 Prozent und zur Polizei mit 77 Prozent. „In einer Welt, die immer schneller wird, wo die Globalisierung immer mehr Wirtschaftszweige und Institution erfasst, ist der Wunsch nach regionaler Nähe und Bindung an heimische Unternehmen stark und schafft Vertrauen“, so der Meinungsforscher.

Laut Umfrage haben die Bürger nicht nur großes Vertrauen zu kommunalen Unternehmen, sie sind auch in hohem Maße (zu 91 Prozent) mit den Unternehmen vor Ort zufrieden.

Für das schon überwältigend zu nennende Vertrauen der Bürger in die kommunale Daseinsvorsorge sprechen auch die Ant-

worten auf die Frage, wer für die einzelnen Bereiche zuständig sein sollte, kommunale oder private Unternehmen: Bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gaben 85 Prozent der kommunalen Variante den Vorzug, bei der Müllentsorgung plädierten 77 Prozent für die kommunale Aufgabenerledigung, bei Strom und Gas betrugen die Quoten 72 bzw. 71 Prozent.

Für den Stimmungswandel der Deutschen zum Thema Privatisierung von Versorgungsleistungen ist das dramatisch angemessen. Bereits im Jahr 2007 hatte Forsa diese Frage gestellt: die repräsentative Erhebung zeigte, dass die Hälfte der Bürger gegen Privatisierungen sind. Schon damals bemerkenswert: der deutliche Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern. Im Osten standen 62 Prozent, im Westen hingegen nur 47 Prozent Privatisierungen ablehnend gegenüber.

Und 2015? Jetzt sind 81 Prozent der Deutschen gegen Privatisierungen. Das ist ein Zuwachs von gewaltigen 31 Prozent. Und auch aktuell wieder der – allerdings geschrumpfte – Ost-West-Unterschied. 90 Prozent der Ostdeutschen lehnen Privatisierungen ab. In Westdeutschland liegt der Anteil bei 79 Prozent. Dort also von 2007 zu 2015 ein Zuwachs bei den Gegnern von 32 Prozent.

Auch methodisch erfreut das jeden Demoskopen. Denn die große Zustimmung zur Kommunalwirtschaft korreliert ganz eindeutig mit dem überwältigenden Nein zu Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Was man wertschätzt, das will man nicht verlieren!

Dass die kommunalen Unternehmen mit dem erreichten Status quo nicht zufrieden und selbstkritisch genug sind, um nach wie vor teilweise erhebliche Optimierungspotentiale zu erkennen, zeigt eine Befragung des Verbundnetz für kommunale Energie (VfKE) aus dem Jahr 2014. In einer repräsentativen Vollerhebung wurden die Geschäftsführer von Stadtwerken aus den drei Bundesländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen gebeten, sich zur Rolle des eigenen Unternehmens und zu den

grundlegenden Rahmenbedingungen von Demografie, Ökologie und kommunaler Finanzknappheit zu äußern.

Hier zeigte sich, dass Stadtwerke über ihr Kerngeschäft hinaus umfassend zur kommunalen Aufgabenerfüllung beitragen – über die Abführung von Gewinnen an die kommunalen Haushalte oder indirekt über den steuerlichen Querverbund. Im Regelfall – das weist die Befragung aus – sind es die Stadtwerke, die als größter kommunaler Ertragsbringer vor Ort auch andere Bereiche der Daseinsvorsorge direkt oder indirekt stützen.

Sowohl für die jüngere energiepolitische Vergangenheit als auch für die Zukunft erhält die Bundespolitik negative Bewertungen. So zeigten sich die Stadtwerkechefs insbesondere mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) mehrheitlich unzufrieden. Noch pessimistischer sind die Erwartungen. Der Großteil der Befragten rechnet für die nähere Zukunft nicht mit einem stimmigen Konzept zur Umsetzung der Energiewende.

In diesem Zusammenhang, aber auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der knappen kommunalen Finanzen wird ein dringendes Erfordernis zu stärkeren Kooperationen erkannt. Die große Mehrheit von 70 % befürwortet diesbezüglich eine bessere Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Versorgern. Nur so ließe sich verhindern, dass die ausgeprägten Marktrisiken sich negativ auf die Versorger und ihre kommunalen Eigentümer auswirken. Fast alle jener Stadtwerkechefs, die in einen kommunalen Querverbund integriert sind, äußert die Ansicht, dass ein simples Weiter-So angesichts der vielfältigen Herausforderungen unweigerlich zu sinkenden Erträgen führen würde. Damit wiederum seien der steuerliche Querverbund und die Erbringung defizitärer Leistungen zu angemessenen Preisen gefährdet.

Kritisch sehen die Stadtwerkechefs die Nutzung kommunaler Kooperationspotentiale. Diese seien sowohl innerhalb der Kommunen, über verschiedene Kommunen hinweg und auch

bei länderüberschreitenden Konstellationen deutlich ausbaufähig. Es spricht für eine ausgeprägte Selbstreflexion, dass die identifizierten Defizite mehrheitlich auch in den Kontext eigener Verantwortlichkeit gebracht werden.

Was lernen wir also aus den empirischen Bestandsaufnahmen? Kommunale Unternehmen stehen vor erheblichen Herausforderungen, sie genießen dabei allerdings das Vertrauen ihrer Kunden und sie sind bereit, für eine dringend notwendige gehaltene weitere Optimierung auch das eigene Handeln zu hinterfragen.

Das kommunale Nagelstudio

Die populärsten Irrtümer zu Stadtwerke & Co.

Schäfer, M.; Otto, S.-J.

2016, XIII, 233 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09871-1